

WER KRIEGE PRODUZIERT DEN LASSEN
WIR NICHT IN FRIEDEN



BROSCHÜRE
KRIEG BEGINNT HIER

INTERVENTIONISTISCHE LINKE NÜRNBERG

Einführung	3
Siemens-Schuckert-Werke	4
NS Zwangsarbeit	4
MAN Truck & Bus AG	7
NS-Zeit	7
Waffenexporte der Rheinmetall MAN Military Vehicles GmbH	8
Rheinmetall AG	9
Bundeswehr Ausbildungszentrum	10
Rüstungsforschung an Universitäten – Beitrag des AK Ohm	11
Zivilklausel	13
Bundesamt für Migration	16
Ein Kommentar des Bayrischen Flüchtlingsrats	16
"Papierfliegerprozess"	21
Das Türkische Konsulat	23
Die Systemfrage	25
Die Revolution in Rojava ist gelebte Utopie	26
Diehl & GIWS	28
Diehl Defence & Co	28
GIWS – Gesellschaft für intelligente Wirksysteme	30
Resümee	32
Über uns	33
Literaturverzeichnis	34

Einführung

Im Oktober 2019 hat sich mit dem Einmarsch der Türkei im Norden von Syrien wiederholt die Frage gestellt, was eigentlich solidarischer Internationalismus für eine gesellschaftliche radikale Linke bedeutet. Klar, zum einen akut jeden Tag Proteste in der Innenstadt gegen den unsäglichen Militäreinmarsch mit zu organisieren. Aber die andere Seite heißt für uns auch, zu thematisieren welche Rolle Deutschland in diesem Spiel hat und vor allem, welche Waffen von Deutschland bzw. Nürnberg in die Welt exportiert werden. Genau dies wollen wir hiermit tun. Grundlage für diese Broschüre war die Antimilitaristische Kaffeefahrt durch Nürnberg im Dezember 2019.

Wir beginnen mit der NS Geschichte der Siemens-Schuckert-Werke, heutige Siemens AG, gefolgt von MAN, einem der Hauptlieferanten der Bundeswehr für Militärfahrzeuge. Anschließend beleuchtet der *AK Ohm gegen Rechts*, die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Universitäten und Forschung. Der Bayerische Flüchtlingsrat übt Kritik am Bundesamt für Migration und wir erörtern die Rolle der Deutsch-Türkischen Beziehungen im Krieg der Türkei in Nordsyrien. Auch mit dem Nürnberger Waffenproduzenten Diehl und seiner Tochtergesellschaft GIWS werden wir uns im Folgenden beschäftigen.



Siemens-Schuckert-Werke

Beim Gedanken an die Firma Siemens ist möglicherweise nicht die erste Assoziation, dass dieser Wirtschaftsriese etwas mit Rüstungsproduktion zu tun haben könnte. Eher denken wir an unseren Wasserkocher zuhause, Energietechnik, Software und Gesundheitstechnik. Das sind Verknüpfungen die Siemens erfolgreich mit seinem Namen über die Jahrzehnte hergestellt hat. Die wenigsten Menschen denken an die ökonomisch äußerst lukrativen Nebengeschäfte, die Siemens im Bereich der Rüstungsindustrie tätigt.

So produziert Siemens bspw. gezielt für die Bundeswehr Überwachungssysteme, Radarsysteme, ebenso wie elektronische Elemente und Brennstoffzellen. Tochterfirmen wie Siemens Government Technologies (SGT) oder die sogenannte Defence – Sparte von Siemens-Niederlassungen anderer Länder wickeln Multimillionen-Dollar-Aufträge für das US-Militär und die Marine ab. Bis 2010 war Siemens größter Anteilseigner an dem in Europa marktführenden Panzerproduzenten der Kraus-Maffei-Wegmann GmbH. Wenn wir uns die historische Entwicklung der Siemens AG etwas genauer ansehen, dann verwundert die Verbindung in den militärischen Sektor eher weniger.

Die Siemens AG ging 1966 aus der Aktiengesellschaft der 1903 gegründeten Firma Siemens-Schuckert-Werke hervor. Siemens-Schuckert wiederum hat seine Wurzeln in der 1847 gegründeten Telegraphen Bau-Anstalt von Siemens & Halske in Berlin. Firmengründer war neben dem Mechaniker Johann Halske der Ingenieuroffizier der Berliner Artilleriewerkstatt, Leutnant Werner Siemens. Schnell stieg die Firma im neu entstehenden Elektro- und Energietechniksektor auf und gründete Niederlassungen in anderen Teilen Europas. Zur Zeit der Machtübernahme Hitlers und dem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren Produzenten der Elektroindustrie wie Siemens enorm von den politischen und ökonomischen Verhältnissen. Das durch staatliche Rüstungsaufträge geförderte Wirtschaftswachstum befördert Siemens an die Spitze der deutschen Elektronikproduzenten, der nach eigenen Angaben ab 1943 hauptsächlich Elektrotechnik für die Wehrmacht produziert.

NS Zwangsarbeit

Die deutsche Rüstungsindustrie versuchte trotz der sich abzeichnenden Niederlage gegen Kriegsende ihre Produktionsquoten zu erfüllen und benötigte dafür rare Arbeitskräfte. Bereits ab 1940 beginnt Siemens gezielt Zwangsarbeiter*innen für die Rüstungsproduktion auszubehuten. Diese Menschen stammen aus den von den Faschisten besetzten Gebieten, sind Kriegsgefangene, sowie Juden, Sinti und Roma aus den KZs. Auch in Nürnberg werden von verschiedenen Firmen, KZ-Häftlinge für die Produktion im Rahmen der Kriegswirtschaft ausgebeutet, so auch den Siemens-Schuckert-Werken (SSW).

So entsteht am 18. Oktober 1944 ein Außenlager für Zwangsarbeiterinnen, 550 ungarische Jüdinnen, die aus Auschwitz nach Nürnberg gebracht wurden. Diese Frauen, wurden wie andere Häftlinge, auf Anfrage der SS an private Firmen, bspw. der Rüstungsindustrie, MAN, AEG und Siemens-Schuckert-Werke „vermietet“. SSW zahlte einen Tagessatz von 4 Reichsmark je Arbeiterin an das KZ Flossenbürg, dem das Außenlager Nürnberg unterstellt war. Zwei Vertreter der SSW suchten auf einer „Dienstreise“ potentielle Arbeitskräfte in Auschwitz aus. Die wichtigsten Kriterien waren für sie Sehschärfe und Fingerfertigkeit, um Feinarbeiten beim Zählerbau ausführen zu können. In Bahntransporten wurden die ausgesuchten Zwangsarbeiterinnen anschließend bis November 1944 nach Nürnberg gebracht. Die qualvolle Reise dauerte mehrere Tage. Den Transportlisten zu Folge waren die Jüngsten der Zwangsarbeiterinnen Mädchen von gerade einmal 12,13 und 14 Jahren.

Im Außenlager an der Katzwanger Straße, das heute gegenüber dem Haupteingang des Nürnberger Südfriedhofs zu verorten ist, errichtete Siemens-Schuckert ein Barackenlager, in dem die Frauen untergebracht wurden und teilweise auch in der dortigen Werkshalle arbeiteten.

Zudem wurden die Frauen im Siemenswerk in der Gugelstraße eingesetzt. Hierhin wurden sie entweder mit, extra von der Straßenbahn bereitgestellten Wägen hingebacht, oder sie mussten einen Fußmarsch dorthin zurücklegen. Die Aufgabe der Zwangsarbeiterinnen bestand laut Aussagen der Betroffenen, Augenzeuginnen, wie z.B. Wärterinnen und sogenannten Zivilarbeiterinnen, aus sehr schwerer und gefährlicher Arbeit. So mussten sie große Eisenteile schleppen oder unter dem Einsatz von Chemikalien Metallteile entrosteten. Die Lebensbedingungen im Lager waren sehr schlecht. So hatten die Frauen zu wenig und ungenügende Kleidung, teilweise kein Schuhwerk, zu wenig Decken, zu

wenig Essen. Misshandlungen durch Aufseherinnen, wie z.B. Anni E. waren an der Tagesordnung.

Während der Bombardierung Nürnbergs mussten die Frauen zudem Räumungsarbeiten im Stadtgebiet ausführen. Das Lager selbst wurde am 20./21. Februar 1945 bei einem Luftangriff zerstört, woraufhin die

Frauen mehrere Tage in den Luftschutzgräben des Lagers ausharrten. Damit war ihr Martyrium jedoch noch nicht zu Ende. Anfang März 1945 wurden die Frauen aufgeteilt und in die Flossenbürger Außenlager Holleischen und Mehltheuer gebracht. Trotz der Zeitzeugenberichten und umfangreichen Untersuchungen der amerikanischen Militärgerichte nach Ende des zweiten Weltkrieges wurde weder eine der ehemaligen Aufseherinnen rechtlich belangt, noch gab es nennenswerte Folgen für die Verantwortlichen der Siemens-



Abb.1: Aktion zur antimilitaristischen Kaffeefahrt vor dem Siemens-Firmensitz in Nürnberg

Schuckert-Werke. Siemens bezahlte nach jahrelangen Verhandlungen mit der *Jewish Claims Conference* 7 Mio. DM an jüdische Geschädigte, betonte jedoch gleichzeitig, dass diese Auszahlungen mit einem Eingeständnis einer juristischen Verantwortlichkeit nicht gleich-zusetzen sei.

Um an die deportierten Frauen und Mädchen wie, Rymstein Adelina (12, Nr. 406) Slomowicz Rozsi (13, Nr. 417), Klara Haas (14, Nr. 210), Rozsi Genuth (15, Nr. 163) oder Goldstein Lilli (16, Nr. 153), sowie all die anderen unzähligen Frauen zu erinnern und Siemens nicht aus ihrer Verantwortlichkeit zu entlassen, erinnert in der Julius-Loßmann-Straße 116 seit Kurzem eine Gedenk- und Informationstafel an das ehemalige KZ Außenlager. Dort befand sich zur Zeit des zweiten Weltkrieges das Siemens-Schuckert-Werk, (später Zählerwerk etc.) was jedoch im Zuge der Luftangriffe zerstört wurde.

MAN Truck & Bus AG

Die MAN Truck & Bus AG ist das größte Tochterunternehmen des deutschen MAN-Konzerns und einer der führenden Nutzfahrzeughersteller. Allerdings gibt es noch einige interessante Nebengeschäfte. MAN ist z.B. Hauptlieferant der Bundeswehr für Militärfahrzeuge. Außerdem hat MAN seit 2010 einen Unternehmenszusammenschluss mit dem Rüstungsunternehmen Rheinmetall. Das sogenannte Joint-Venture Rheinmetall MAN Military Vehicles GmbH wurde zur Herstellung von militärischen Radfahrzeugen gegründet. Durch diese Kooperation entstand ein Komplettanbieter für Militärradfahrzeuge, der die ganze Palette der Transport-, Führungs- und Funktionsfahrzeuge für Kriegseinsätze abdeckt. An der Gesellschaft ist Rheinmetall mit 51% und MAN mit 49% jeweils zur Hälfte beteiligt. Rheinmetall MAN Military Vehicles GmbH hat seinen Hauptsitz in München und beliefert über 150 Streitkräfte auf allen Kontinenten.

NS-Zeit

MAN hieß ehemals Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und produziert im Nürnberger Werk Dieselmotoren für Baumaschinen, allerlei LKWs und Busse. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs stellte MAN die Produktion fast vollständig auf Rüstungsgüter um. In Augsburg wurden U-Boot-Motoren und in Nürnberg Panzer (vor allem vom Typ "Panther") und Heeres-Lkw hergestellt. In Gustavsburg baute MAN Abschussbahnen für V-Raketen. Mit den sog. Vergeltungsraketen wollte man Vergeltung für die Zerstörung deutscher Städte üben. Auch für militärische Zweckbauten (Bunker, Hallen und Brücken) erhielt das Unternehmen umfangreiche Aufträge. Während des Zweiten Weltkrieges wurden bei MAN Zwangsarbeiter in großer Zahl eingesetzt. Es kamen vor allem Arbeiter und Kriegsgefangene zum Einsatz. 1944 hatte MAN ca. 8.500 ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter in ihren Werken beschäftigt. Das entsprach damals 33 % der Beschäftigten. Immerhin sah sich MAN im Jahr 2000 in der von Wirtschaft und Regierung gegründeten "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zu Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter gezwungen und z a h l t e elf Millionen Euro.

Gleichzeitig ist MAN seit der Neuaufstellung der Bundeswehr einer deren Hauptlieferant für Militärfahrzeuge. Vor allem entwickelte das Unternehmen militärische Sonderentwicklun

gen geländegängigen Lastkraftwagen speziell für die Bundeswehr. Diese sind neben diverser Panzerung, Tarnfähigkeit, Schwimmmöglichkeit auch mit dem Maschinengewehr MG3 ausgestattet. MAN hat außerdem in Zusammenarbeit mit Krauss-Maffei Wegmann (KMW) eine gepanzerte Version des SX LKWs entwickelt. Also ein Militär-LKW der u.a. als Tanktransporter und Trägerfahrzeug für das Patriot Luftabwehrraketensystem gebaut und der bereits durch die Bundeswehr im Kosovo getestet wurde. Das Fahrzeug wird außerdem an mehrere europäische A r m e e n in großer Stückzahl ausgeliefert. U.a. Großbritannien, Luxemburg, Estland und Griechenland, Österreich. Die Volkswagen AG besitzt 94,36 % des MAN Konzerns.

Waffenexporte der Rheinmetall MAN Military Vehicles GmbH

Im Folgenden ein kleiner Auszug der Waffenexporte der RMMV seit 2010

- Export zahlreicher militärischer Lastkraftwagen 2015 an die Vereinigten Arabischen Emirate im Gesamtvolumen von 1,2 Mio.€
- Export von 12 ABC Spührpanzer Fuchs an Kuwait 2017
- Export 2018 von 120 militärischen LKWs nach Saudi-Arabien im Gesamtvolumen von 136 Mio.€
- Export von 200 Radpanzer an Polen 2015 im Wert von 300 Mio.€



Abb.2: Bundeswehr-Übungsgelände in Delmenhorst 2020

Rheinmetall AG

Im Folgenden ein paar Sätze zu Rheinmetall AG, weil das Unternehmen auch einer der ganz Großen in seinem Geschäft ist. Rheinmetall stellt hauptsächlich sog. Heereswaffen her. Der Düsseldorfer Konzern entwickelt, produziert und exportiert militärische Radfahrzeuge, leichte gepanzerte Fahrzeuge und Panzer wie den Schützenpanzer Puma, den Leopard 2, die Panzerhaubitze 2000 und vieles mehr. Auch das seit Jahrzehnten hergestellte Maschinengewehr MG3 stammt von Rheinmetall. Der Konzern beliefert die Bundeswehr mit Munition diverser Typen, die u. a. im Krieg in Afghanistan eingesetzt wird. Rheinmetall war 2017 auf Platz 25 der größten Rüstungsunternehmen weltweit. Der Rüstungsgesamtumsatz von Rheinmetall lag im Jahr 2018 bei ca. 3.2 Milliarden €. Knapp die Hälfte davon entfiel auf Panzer aller Art und Militärfahrzeuge. Beim Angriff der Türkei auf Rojava setzte die Türkei auch Waffen aus deutscher Produktion ein, wie den Rheinmetall Kampfpanzer vom Typ Leopard 2. Im Juli 2019 wurde bekannt, dass Rheinmetall seine Anteile an der Military Vehicles GmbH zurück-kaufen will. Der Bereich Radpanzer wird komplett von Rheinmetall übernommen, lediglich bei Militär-LKW wird weiter mit MAN kooperiert. Außerdem gibt es aktuell Gerüchte darüber, dass Rheinmetall den Panzerhersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW), bisher Generalunternehmer für den Leopard-Panzer, übernehmen will.



Abb.3: Markierung des MAN-Firmensitz in Nürnberg im Rahmen der Kaffeefahrt

Bundeswehr Ausbildungszentrum

Wer offenen Auges durch die Straßen läuft merkt: Mittlerweile gehört die Bundeswehr wieder in den Alltag. Wo es vor einigen Jahrzehnten noch hieß „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ ist es heute normal, dass „Deutschland am Hindukusch verteidigt wird“ oder Annegret Kramp-Karrenbauer eine Beteiligung der Bundeswehr in Nordsyrien fordert. Plakatwände fordern von uns „Gas, Wasser, Schießen“ und Bäckertüten und Pizzaschachteln rufen uns „Ohne Mampf kein Kampf“ zu und führen dazu, dass die Semmel sich wieder ihren Weg nach draußen bahnt. Seit Mitte 2019 wird öffentlich, dass gegen die Bundeswehr Eliteeinheit KSK, wegen des Verdachts auf rechtsextremistische Umtriebe ermittelt wird. Und das ist kein Einzelfall. Andre Eminger, einer der Unterstützer des NSU wurde während seinem Grundwehrdienst in der



Abb.4: Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge 2012 bei Hannover

Bundeswehr dazu befragt, warum er sich die Worte „Blut und Ehre“ tätowieren ließ. Seine Antwort, weil er die militärische Leistung der SS bewunderte, reichte offenbar nicht aus, um ihn zu suspendieren. Parallel

dazu erscheint jährlich der Bericht der Wehrbeauftragten der Bundesregierung, dessen einzige abstoßende Nachricht ist, dass die Fälle von sexuellen Belästigungen von Frauen in der Bundeswehr wieder um über 20 % gestiegen sind. Das Bundeswehr Ausbildungszentrum in Nürnberg steht symbolisch für eine Rückkehr der Militarisation innerhalb der Gesellschaft. Und wir? Verstummt unser Widerstand gegen den Krieg, weil all das schon zur Normalität geworden ist? Erfreulicherweise regt sich nach wie vor Widerstand gegen die Alltäglichkeit der Bundeswehr.

Rüstungsforschung an Universitäten - Beitrag des AK Ohm

Die Bundeswehr und Rüstungskonzerne sind immer wieder an Firmenkontaktmessen von Universitäten und Hochschulen anzutreffen. So zuletzt an der ContactING an der

Technischen Hochschule Nürnberg im November 2019. Die Diehl Stiftung ist ein Waffenunternehmen, der größte Teilkonzern, Diehl Defence, ist Hersteller von Lenkflugkörpern, Munition, Raketensystemen und Zielsensoren.

Um die Technologien ihrer Waffen auf dem neuesten Stand zu halten, also deren Tötungseffizienz zu verbessern, greift die deutsche Waffenindustrie gerne auf das wissenschaftliche Know-How von Universitäten und Hochschulen zurück. Studierende werden durch eine vergleichsweise hohe Bezahlung in die Unternehmen gelockt, damit sie sich als Werksstudent*innen oder durch das Schreiben von Abschlussarbeiten in die Maschinerie eingliedern. Daneben beauftragen Rüstungsunternehmen auch die Hochschulen mit Forschungsarbeiten. Somit werden Professor*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und sonstige Arbeitskräfte der Hochschule aktiv an der Entwicklung von Waffen- oder Infrastruktursystemen beteiligt.

Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen ist auch Ausdruck der mangelnden Finanzierung öffentlicher Bildung, angesichts derer Wissenschaftler*innen und Forschende auf Drittmittel von Konzernen zurückgreifen.

Dies ist nicht nur problematisch, wenn es sich hierbei um Gelder aus der Waffenproduktion handelt, sondern verhindert auch in anderen Bereichen eine kritische und von Konzerninteressen unabhängige Wissenschaft. Aber selbst, wenn die öffentliche Finanzierung der Hochschulen gesichert wäre, bliebe das wirtschaftliche Interesse des deutschen Staates an Rüstung und somit auch an Rüstungsforschung bestehen.

In der Debatte um Rüstungsforschung spielt der Begriff „Dual Use“ eine wichtige Rolle. „Dual Use“ meint, dass Forschungsergebnisse sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden könnten. Natürlich können die meisten, vielleicht sogar alle Technologien sowohl zivile wie auch militärische Anwendungen haben. Tatsächlich verfolgt die Bezugnahme auf „Dual Use“ meist taktische Zwecke: sie dient dazu, im konkreten Fall die militärische Nutzbarkeit ziviler Forschung als unbeabsichtigt bzw. unvermeidlich darzustellen oder generell Versuche, militärische Interessen aus der zivilen Forschung auszuschließen (z.B. durch Zivilklauseln), als nicht realisierbar zurückzuweisen. Dual-Use ist also eine Strategie des Militärs und der Regierung, um zivile Fördermittel militärisch nutzbar zu machen, den Wettbewerbsdruck bei militärisch relevanten Technologien zu erhöhen. Außerdem eine engere Anbindung und schnelleren Transfer zwischen ziviler Forschung und militärischer Anwendung zu erzielen sowie „zivile“ Märkte für militärische Technologien zu erschließen. Ein Beispiel dafür ist das Fraunhofer IOSB, also das Institut für Optronik,

Systemtechnik und Bildauswertung, in Karlsruhe. Das IOSB ist nach Eigenbeschreibung „Europas größtes Institut im Feld der Bildgewinnung, -verarbeitung und -analyse“ mit über 450 Stellen. Auf Empfehlung des Wissenschaftsrates des Verteidigungsministeriums im Jahr 2004 wurde das FGAN Institute (Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften e.V.), welches nahezu ausschließlich wehrtechnische Fragestellungen bearbeitet, in das Fraunhofer IOSB integriert. Spätestens seitdem ist die Fraunhofer Gesellschaft eng mit Rüstung, Bundeswehr und NATO verwoben und weist eine starke militärische Prägung auf. Laut Wissenschaftsrat sollen die veränderten organisatorischen und strukturellen Rahmenbedingungen im Sinne der Dual-Use Strategie die Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Mittel, auch von zivilen Auftraggebern, ermöglichen. Beim Fraunhofer IOSB betrifft dies vor allem die Arbeiten auf dem Gebiet der Bild- und Signalverarbeitung. So wurde beispielsweise die Abteilung für Zielerkennung im Sinne des Dual Use in „Objekterkennung“ umbenannt.

Der Bayerische Rundfunk berichtete im Juni 2018 von einer bisher unveröffentlichten Antwort der Staatsregierung auf eine Landtagsanfrage der Grünen, aus der hervorgeht, dass bayerische

Hochschulen im Zeitraum von 2011 bis 2018 Forschungs-aufträge im Rüstungs-bereich mit einem Volumen von mindestens rund 13,3 Millionen Euro erhalten haben. Es handelt sich hierbei um bezahlte Einzelprojekte, u.a. Forschungen zu Gefechtshelmen und



Abb.5: Übersicht von Rüstungsfirmen in Nürnberg und Umgebung

Computersimulationen. Das meiste Geld ging an die Technische Universität München, welche Drittmittel von etwa 5 Mio. € erhielt. Außerdem gingen Drittmittel an die Ludwig-Maximilians-Universität in München, die Universitäten Passau und Erlangen sowie die Hochschulen Deggendorf, Regensburg, Ingolstadt, Hof, Nürnberg und München (HaW). Auftraggeber sind das Verteidigungsministerium, die Bundeswehr, sowie privat wirtschaftliche Rüstungsunternehmen. Aus einer kleinen Anfrage der Linken vom Juli 2018

geht hervor, dass auch die TH Nürnberg mit den wehrwissenschaftlichen Einrichtungen des BMV zusammenarbeitet, jedoch ohne direkte Beauftragung, also außerhalb konkreter Vertrags- bzw. Zuwendungsverhältnisse. Dies betrifft die Fakultät Angewandte Chemie, welche mit der Wehrwissenschaftlichen Einrichtung im Forschungsfeld „Betriebsstoffe“ (WIWeB) kooperiert.

Zivilklausel

Ein mögliches Instrument, um Rüstungsforschung an Universitäten entgegenzuwirken, ist die Zivilklausel. Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung wissenschaftlicher Einrichtungen, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen. Dadurch ist es den Rüstungskonzernen nicht mehr möglich, auf die Kompetenzen der Hochschule zuzugreifen – auch nicht versteckt oder unter einem falschen Deckmantel. Das ist der Idealfall. Da es sich jedoch um eine Selbstverpflichtung handelt, können die Zivilklauseln an unterschiedlichen Hochschulen unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Dies kann bis zu einem juristischen, formalisierten Kooperationsverbot gehen, es kann jedoch auch bei einer unverbindlichen Formulierung bleiben, die nur der Imagepflege dient.

An der FAU Erlangen Nürnberg wurde die bayernweit erste Zivilklausel im November 2016 mit folgendem Wortlaut ins Leitbild der Universität integriert: „[...]Verantwortungsbewusstes Handeln wird von ihr [der FAU] gefördert und resultiert im gerechten und friedlichen Zusammenleben zwischen Menschen, Kulturen und Nationen.“ Um die Ziele zu erreichen wurde im WS 17/18 eine Kommission eingerichtet, welche als Beratungsstelle bei Diskussionen zur Vereinbarkeit einzelner Forschungsprojekte mit dem Selbstverständnis der FAU dient. Der unverbindliche und nicht besonders aussagekräftige Charakter der Erlangener Zivilklausel hat im Nachhinein für eine anhaltende Kontroverse gesorgt. Denn wie durch die Open Knowledge Foundation Deutschland bekannt wurde, besteht ein Forschungsvertrag zwischen der FAU Erlangen-Nürnberg und der Bundeswehr, dessen Inhalt wie folgt beschrieben wird: „Die Studie beinhaltet die Untersuchung der Möglichkeiten, Borcarbid(B4C)-basierte Panzerungskeramik mit verringertem Rest-Siliziumgehalt und verbesserten mechanischen und ballistischen Eigenschaften mittels generativer Fertigung herzustellen.“ Die FAU Erlangen-Nürnberg erhält demnach Zuwendungen seitens der Bundeswehr in Höhe von 255.000 € im Zeitraum von 2017 bis 2020. Die Zuwendungen, welche die FAU aktuell von der Bundeswehr erhält, sind verschwindend gering gemessen am gesamten Drittmittelvolumen. Es wäre also kein nennenswerter finanzieller Verlust darauf zu verzichten. Es wäre aber ein starkes Zeichen

dafür, dass die FAU ihre Grundsätze aus dem Leitbild auch ernst nimmt. Die Forschungsergebnisse dieses Projekts können ebenso zivil wie militärisch genutzt werden. Es handelt sich um einen klassischen Dual-Use-Fall. Wenn die Ergebnisse des Forschungsprojekts auch zivilen Zwecken dienen können, so wäre es im Sinne des Leitbilds, sich auf jene zivile Anwendbarkeit zu fokussieren, also einen Projektpartner außerhalb von Militär und Rüstungsindustrie zu wählen und die zivile Anwendung der Forschungsergebnisse zu fördern. Verantwortungsbewusstes Handeln, wie es in der Zivilklausel festgeschrieben ist, lässt sich natürlich unterschiedlich auslegen, aber Aufrüstung kann nicht für das friedliche Zusammenleben zwischen Menschen stehen.

Der AK Ohm gegen Rechts fordert für die TH Nürnberg eine Zivilklausel Das heißt:

- die Ablehnung von Forschungsaufträgen von Konzernen mit Rüstungsproduktion
die Einstellung der Kooperation mit Rüstungskonzernen in Form dualer Studiengänge oder Praktika
- ein Verbot von Ständen der Bundeswehr und Waffenkonzernen auf Informationsveranstaltungen, Berufsmessen oder ähnlichem
- die Einstellung von Förderprogrammen und Stipendien an denen Rüstungsunternehmen beteiligt sind
- alle Forderungen gelten auch für Konzerne, die nur zu einem Teil an der Rüstungsproduktion beteiligt sind.

Eine solche Zivilklausel müsste schlussendlich vom Senat beschlossen werden. Dort sind die Stimmen und Delegierten der Studierenden in der Minderheit, weshalb zur Umsetzung einer Zivilklausel viel Überzeugungsarbeit bei Professor*innen und im akademischen Bereich erforderlich ist. Für die Zivilklausel spricht sicherlich, dass auf dem Weg dorthin sehr viel Bildungsarbeit betrieben wird und die Sensibilität der Studierenden und Lehrenden gesteigert wird.

Auf der anderen Seite stehen der langwierige und aufwendige Prozess und die Frage, ob eine Zivilklausel wirklich die Rüstungsforschung eindämmen kann. Erfahrungen anderer Hochschulen und Universitäten zeigen, dass Verstöße gegen die Zivilklausel letztlich

folgenlos bleiben. Der deutsche Staat hat ein Interesse an der Rüstungsforschung, und somit landen Verstöße gegen Zivilklauseln auch nicht vor staatlichen Gerichten. Insofern muss man sich den Grenzen einer Zivilklausel auch bewusst. Solange es kapitalistische Staaten gibt, die als solche in Konkurrenz zueinander stehen, die gegeneinander Kriege führen und deren Kapital durch Kriege wächst, gibt es auch Militär und somit ein Interesse der Staaten an Rüstungsforschung.



Abb.6: Blockade des Werks von Rüstungskonzern Kraus-Maffei-Wegmann 2020 in Kassel

Bundesamt für Migration

Ein Kommentar des Bayrischen Flüchtlingsrats

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Institution, die zentral dafür bekannt ist Asylverfahren schutzsuchender Menschen durchzuführen, inhaltlich zu prüfen und über die Anträge zu entscheiden. Das Bundesamt ist als Bundesbehörde dem Innenministerium unterstellt und besteht seit 1953 mit Hauptsitz in Nürnberg, in der ehemaligen Südkaserne bzw. SS-Kaserne. Im Laufe der Jahre, vor allem in den 90er Jahren sowie nach 2015, haben sich bundesweit mehrere Außenstellen und Dependancen gebildet, aktuell sind es mehr als 60. Die Leitung des Bundesamtes hat Dr. Hans-Eckhard Sommer, nachdem die vormalige Amtschefin Jutta Cordt nach dem quasi Nicht-Skandal um unrechtmäßige positive Entscheidungen in der Bremer Außenstelle, entlassen wurde. Der Vorwurf eines „groß angelegten Asylbetruges“ konnte im Nachgang nicht gehalten werden - jedoch im Zuge der Vorwürfe entwickelte sich ein massiver politischer und auch medialer Skandal, in dem aufgrund von bloßen Verdächtigungen ein monströser Korruptions- und Betrugsskandal herbei phantasiert wurde.

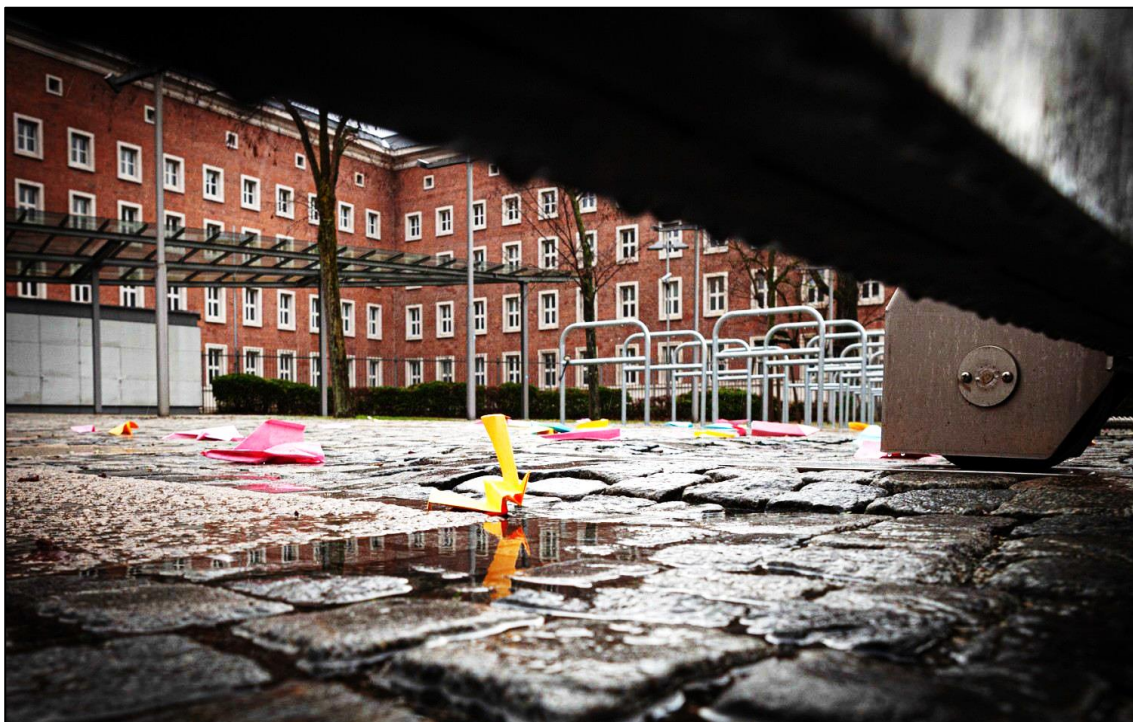


Abb.7: Papierflieger vor dem Bamf in Nürnberg

Vor allem Bundesinnenminister Horst Seehofer nahm im Zuge der Vorfälle in Bremen eine zentrale Rolle ein, indem er die Vorfälle zu „handfesten schlimmen Skandal“ stilisierte und nach Entlassung der Amtschefin, praktischerweise seinen alten Buddy aus Bayern zum neuen Chef ernannte. Dr. Sommer, schon lange als asylpolitischer Hardliner bekannt, prägte unter anderem die Bezeichnung der Flüchtlingsräte, die er Zeit seines Amtsantritts vermehrt versucht zu delegitimieren und strafrechtliche Verfolgung zu fordern. Weiter machte Dr. Sommer vermehrt mit rassistischen und abwerteten Bemerkungen gegenüber Asylbewerber*innen auf sich aufmerksam. Beim Flüchtlingsschutzsymposium teilte er Sorgen um vermeintliche importierte Kriminalität aufgrund steigender Asylanträge von Nigerian*innen mit. Bei einer Anhörung im Landtag im September, verkündete er mit bei illegal eingereisten Personen nicht mehr von Geflüchteten sprechen zu wollen. In diesem Beitrag entgegnete er auf die Kritik an, vom Bundesamt durchgeführten Asylverfahrensberatungen damit, dass Geflüchteten ja ohnehin nicht verstehen würden, von wem (also abhängige oder unabhängige Stellen) sie da beraten werden würden. Eine weitläufige Skandalisierung blieb aus – ein Amtschef der sich regelmäßig abwertend und diffamierend über seine Adressaten äußert – scheint auch ganz im Sinne der harten, flüchtlingsfeindlichen Agenda des Bundesinnenministers zu sein.

Im Zuge des „Hau-ab“ Gesetzes, werden dem Bamf mehr Ermächtigungen in der Beratung von Geflüchteten gegeben, Wohlfahrtsverbände und NGOs weiter aus dem Bereich der Asylberatung verdrängt. So sieht §12a des Asylgesetz vor, dass das Bundesamt nun für Asylsuchenden eine freiwillige, unabhängige staatliche Asylverfahrensberatung durchführt. Dass eine Bundesbehörde keine unabhängigen Beratungen zu Komplexen, die sie dann im Nachhinein selbst bearbeitet, anbieten kann – ist eindeutig. Die Konsequenzen für die betroffenen Personen sind massiv.

Durch die Schaffung von Massenlagern und beschleunigten Verfahren, wird Asylsuchenden ohnehin fast jede Möglichkeit genommen sich adäquat mit ihrem Asylverfahren und Rechten zu beschäftigen.

Nun besteht die große Gefahr, dass sie nicht nur kaum, sondern vielmehr keine, tendenziöse oder falsche Informationen erhalten. So wird regelmäßig von Geflüchteten berichtet, dass sie im Bundesamt bei Beratungen oder Anhörungen sofort mit Möglichkeiten einer sog. freiwilligen Rückkehr konfrontiert werden, ihnen

noch vor dem Interview Chancen auf ein erfolgreiches Asylverfahren abgesprochen werden.

Doch das überrascht nicht – denn nicht nur die Beratung im Vorfeld, auch die Entscheidungen des Bundesamts scheinen in manchen Fällen weit davon entfernt, unabhängig von politischen Motiven getroffen worden zu sein. Von einer sachlichen, materiellen inhaltlichen Prüfung sowie ausreichender Länderkenntnis mal ganz abgesehen. Seit die Bundesregierung wieder massiv über Abschiebungen nach Afghanistan nachdachte und diese dann Ende 2016 durchführte, gingen die Anerkennungsquoten afghanischer Asylbewerber*innen deutlich nach unten. Wer

meint, die Situation im Herkunftsland hätte sich gebessert täuscht – fast analog zu sinkenden Anerkennungszahlen, stiegen die Zahlen ziviler Opfer und Terroranschläge an. Der bewaffnete Konflikt nahm weiter an Intensität zu. Der damalige Innenminister de Maizère wurde 2016 zitiert:



Abb.8: Protest gegen die Abschiebung von Asif N.

"Unsere (...) Sorge ist im Moment in Europa die große Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan. Wir wollen, dass in Afghanistan das Signal ankommt: 'Bleibt dort! Wir führen euch aus Europa (...) direkt nach Afghanistan zurück!'" Fast zeitgleich berichtete ein Mitarbeiter anonym bei Zeit-Online, dass auf den Entscheider*innen ein unglaublicher Druck lastete, so viele Afghan*innen wie möglich abzulehnen – jede positive Entscheidung werde dem Vorgesetzten vorgelegt. Wie verstrickt der politische Wille aus den Innenministerien in Bund und Ländern respektive der Bundesregierung mit den Entscheidungen des Bundesamts ist, lässt sich auch an aktuellen Einzelfällen gut darstellen.

So z.B. Asif N.: Nach dem Abschiebeversuch am 31. Mai 2017 aus seiner Berufsschule heraus, stellte er einen beim Bundesamt einen Asylfolgeantrag. Auf Nachfrage teilte der zuständige Sachbearbeiter Asifs Rechtsanwalt mit, dass demnächst eine Entscheidung erginge und vermutlich ein Schutzstatus erteilt

würde. Wenig später erhielt Asif eine Komplettablehnung. Angesichts der hohen politischen Bedeutung des Falles um Asif N, sowie den Vorfällen rund um den 31. Mai und zahlreichen Ermittlungsverfahren Asifs Unterstützer*innen, ist davon auszugehen, dass es sich hier um keine sachliche, sondern eine politisch strategische Entscheidung handelte. Und so auch im jüngst bekannt geworden Skandal als durch einen, in der Türkei verhafteten Vertrauensanwalt der deutschen Botschaft, sensible Daten von mehr als zweihundert türkischen Asylbewerb*innen in die Hände des türkischen Geheimdienstes gelangt sind. Hintergrund ist das Einholen von Informationen für das Bundesamt in der Türkei, um die im Asylverfahren getätigter Glaubhaftmachungen zu überprüfen. Fachanwält*innen beschreiben diese Praxis als rechtswidrig. Eigentlich ist es Konsens, dass Asylbewerber*innen ihre Verfolgung oftmals nicht beweisen können, und eine sog. stichhaltige Glaubhaftmachung reiche. Doch scheinbar gibt es, wie am Beispiel von Geflüchteten aus der Türkei, einen Paradigmenwechsel in den Entscheidungsprozessen im Bamf, die die Anforderungen an die Glaubhaftmachung oder auch die Forderung von unzähligen Beweisen der eigenen politischen Verfolgung, enorm anziehen.

Der Verdacht liegt nahe, dass ähnlich wie bei Afghanistan und einer Reihe anderen Länder mit hohen Antragszahlen, nun auch bei der Türkei, die Bundesregierung bzw. das Innenministerium, die Asylantragszahlen begrenzen will. Das Bundesamt erscheint hier als amtlicher Erfüllungsgehilfe, der politischen Stoßrichtung nach Abschottung und Flüchtlingsabwehr. Jeder abgelehnte Asylantrag, ebnet dem Weg zu einer erfolgreichen Abschiebung – dem erklärten Ziel des Bundesinnenministeriums.

Wenn es um Migrationskontrolle und Abwehr geht ist das, was die Entscheidungspraxis des Bundesamts und massive Gesetzverschärfungen im Inneren, Frontex im Äußeren.

Die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache oder auch „Europas Türsteher“ genannt, bekam in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung in Sachen Flüchtlingsabwehr und Schutz der EU- Außengrenzen. Die EU und immer vorne mit dabei die deutsche Bundesregierung, baut Frontex mit mehr Geld, Personal und Kompetenzen aus. Immer wieder kommt es zu Vorwürfen verheerender Menschenrechtsverletzungen von Frontex an Geflüchteten. So gibt es Berichte über die Nötigung von Booten im Mittelmeer, an die libysche Küste zurückzukehren und die Weitergabe von Informationen über Flüchtlingsboote im Mittelmeer an den

libyschen Küstenschutz. Bei der Prüfung von internen Frontex-Dokumenten durch *Correctiv und The Guardian*, kamen unzählige Informationen über Misshandlungen, Hetzjagden mit Hunden oder illegalen Push-Backs aus Griechenland, Kroatien, Albanien oder Ungarn zum Vorschein. Alles von Frontex dokumentiert, alles von Frontex ignoriert. Auch Sammelabschiebeflüge werden vermehrt von Frontex übernommen und durchgeführt. Ziel des Ganzen: den weiteren Abschottungsausbau Europas, ob im Mittelmeer oder auf dem Landweg effizienter zu gestalten. Praktisch – wenn dann dabei auch noch hiesige Rüstungsunternehmen Geld verdienen und höhere Gewinne erzielen können. Bürgerkriege, Angriffskriege, Umweltkatastrophen,



Abb.9: Papierflieger vor dem Bundesamt für Migration in Nürnberg

Verfolgung oder Diskriminierung – Fluchtursachen sind unzählig. Doch bleiben die Augen immer weiter verschlossen, ob sichere Fluchtwege, Bekämpfung von Fluchtursachen, eingestehen einer eigenen Verantwortung sowie eigenem Nutzen durch Ausbeutung und Rüstungsexporte. Die politische Agenda Deutschlands richtet sich immer verschärfter auf Flüchtlingsabwehr und Migrationskontrolle. Und auch wenn gefühlt ein Backlash nach dem anderen passiert - gilt es sich dem immer weiter in den Weg zu stellen und solidarisch und vernetzt zu kämpfen.

Für eine solidarische Welt, in der niemand fliehen muss, eine grenzenlose Gesellschaft, in der es weder Bundesamt noch Frontex gibt.

„Papierfliegerprozess“

Mitte 2019 sollte eine Versammlungsleiterin vor Gericht stehen, weil sie geflüchteten Frauen und Kindern nicht untersagte, ihre politischen Forderungen mittels Papierfliegern an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg zu richten. Im Sommer 2018 hielten die Initiative geflüchteter Frauen „women in exile“ und das 8. März Bündnis Nürnberg im Rahmen der women breaking borders Bus Tour eine kämpferische und kreative Kundgebung vor dem BAMF ab. Bunte gefaltete Flugzeuge aus Papier in Din A4 Format, teils bemalt, teils mit politischen Forderungen „Stop deportation“, „Wir fordern gleiche Rechte“, „Kein Mensch ist illegal“ oder „Lager abschaffen - Wohnraum für alle“ beschriftet, überquerten den hohen Zaun des Bundesamtes, symbolisch die Grenzen der Festung Europa.

Eine Teilnehmerin an der Breaking Borders Tour 2018 erzählte:

„Wir hofften, dass wir eine Anerkennung dieser Forderungen oder zumindest ein positives Signal, dass es Gesetzeserleichterungen gibt, bekommen werden. Im Gegenteil, die Gesetze wurden noch strenger: Container- und Zeltunterbringung wurden durch Anker-Zentren ersetzt und aktuell wurde ein Gesetz mit Namen „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“, das Flüchtlinge und Unterstützer*innen kriminalisiert, entworfen. Daher hatten wir während unserer „Women* Breaking Borders Bus Tour 2018“ wieder eine Kundgebung vor dem BAMF Hauptgebäude. Ein Teil der

Teilnehmenden war Frauen aus Flüchtlingslagern und Anker-Zentren der Umgebung und eine nach der anderen ist ans Mikrofon gekommen und hat sich über ihre Traumata, Ängste und gegen sexuelle und physische



Abb.10: Breaking Boarders Tour 2020

Gewalt aus-gesprochen. An-gesichts dessen, dass unsere Forderungen von 2016

ignoriert wurden, haben wir es dann diesmal auf dem Luft-Weg versucht: mit Papierfliegern haben wir, geflüchtete Frauen und Kinder unsere Forderungen ans BAMF übermittelt. In dem Zusammenhang steht nun die Versammlungsleiterin vor Gericht.

Während die Abschiebe-Flugzeuge, die Menschen gegen ihren Willen nach Afghanistan, Nigeria, Äthiopien, Iran Kosovo oder in andere Länder deportieren, nicht kriminell sind, sollen Papierflieger das aber sein. Dieser Prozess reiht sich ein in zahlreiche Repressalien, mit denen der deutsche Staat derzeit antirassistisches und zivilgesellschaftliches Engagement überzieht. Linke und fortschrittliche Bewegungen sollen so kriminalisiert werden und durch die Repression gegen Anmelder*innen sollen immer mehr von uns abgeschreckt werden, Protest zu organisieren und auf die Straße zu tragen.“

Unglaublich ist, dass die Anmelderin Anfang 2020 wegen angeblichem Verstoß gegen das bayerische Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen a 15 € auf Bewährung verurteilt. Wir sagen es deshalb noch umso lauter:

Flucht ist kein Verbrechen!

Für das Recht zu kommen, für das Recht zu gehen und für das Recht zu bleiben!

No Border No Nation - Stop Deportation!

Das türkische Konsulat in Nürnberg ist eine Vertretung einer Republik, die nach dem Ersten Weltkrieg von Atatürk und den nationalistischen Jungtürken erschaffen wurde. Es war der Versuch, auf dem Rumpfgebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches ein homogenes Staatsvolk zu erschaffen – geprägt von den in Europa entstandenen Konzepten von Rasse, Nation und Faschismus. Bis heute gilt „Ne mutlu Türküm diyene - Glückliche ist derjenige, der sich als Türke bezeichnet.“

Die gemeinsame ideologische Linie des Faschismus von Atatürk über Hitler zu Erdoğan ist unverkennbar. Atatürks große Vorbilder waren Hitler, Mussolini und Franco. Heute hofieren meist autoritäre Regierungsführer den „Sultan vom Bosphorus“. Wer in der jungen Republik von Atatürk nicht bereit war, sich zur türkischen Identität zu bekennen, wurde ausgelöscht. So kam es zum Völkermord an den Armeniern, an dem auch das wilhelminische Deutschland seinen Anteil hatte. Deutsches Giftgas war das Mittel der Wahl und sorgte für einen effektiven Massenmord – wie Jahrzehnte später übrigens auch im irakischen Halabdscha. Dort war es die Firma Karl Kolb GmbH aus dem hessischen Dreieich, die die nötigen Stoffe zur Herstellung der Giftwaffen an die Saddam-Diktatur lieferte. Während die meisten Armenier dem Genozid 1915 zum Opfer fielen, wurde Nordkurdistan kolonialisiert, das heißt, kulturell, gesellschaftlich und ökonomisch ausgebeutet und unterdrückt. Aufstände dagegen schlug das türkische Militär blutig nieder. Immer wieder kam es zu Massakern. Zum Beispiel 1937 in Dersim. Ca. 70.000 alevitische Kurden wurden dort ermordet. Erst kürzlich wurde im türkischen Staatsarchiv ein brisantes Papier aus dieser Zeit entdeckt: Eine Bestellung über 20 Tonnen Giftgas aus Nazideutschland, abgewickelt über die türkische Botschaft in Berlin, unterschrieben von Atatürk.

Die deutsche Unterstützung der Türkei vollzog sich immer schon auf mehreren Ebenen: politisch, wirtschaftlich und militärisch. Die Geschichte beider Länder ist aus „eisernen Interessen“ miteinander verwoben.

Vor 130 Jahren wurde zwischen dem Osmanischen und dem Deutschen Reich eine Konzessionsvereinbarung über den Bau der Bagdadbahn geschlossen, den Vertrag unterschrieb der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Georg von Siemens. Letztes Jahr bei seinem Staatsbesuch teilte Erdoğan mit, er habe mit Merkel über die

Modernisierung des türkischen Schienennetzes gesprochen. Beteiligt an dieser Investition: der Großkonzern Siemens. Neben Giftgas unterstützte Deutschland auch immer gerne mit Waffen die „Aufstandsbekämpfung“ á la turka. In den 1990ern gelangten zum Beispiel aus ehemaligen NVA-Beständen der DDR-Kalaschnikows, Panzerfäuste und Munition als Geschenke in die Türkei. Zeitnah zum PKK-Verbot in Deutschland Anfang der 90er erhielt die Türkei 300 deutsche Panzer. Viele der Opfer der Genozide des türkischen Staates flohen damals in den Norden Syriens. Deren Nachfahren werden heute von deutschen Leopard 2 Panzern



Abb.11: Vor dem Türkischen Konsulat in Nürnberg

überrollt, wie Fotos aus Efrîn beweisen. Entgegen der öffentlich zur Schau gestellten Empörung unterstützt die Bundesrepublik Erdoğan in seinen Kriegen gegen die Kurd*innen. Bis heute wird die, immerhin von ca.

80% der deutschen Bevölkerung geforderte Rüstungskontrolle, den geostrategischen und ökonomischen Interessen untergeordnet. Menschenrechte und Demokratie sind dabei nachrangig. Mit der Drohung, die Grenzen nach Europa für Geflüchtete zu öffnen, hat Erdoğan die Zustimmung der EU-Staaten zu seinem Krieg bekommen.

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Er kommt mit Rüstungsexporten aus deutschen Waffenschmieden. Trotz angeblich eingeschränkter Waffenexporte hat Deutschland allein in diesem Jahr schon Waffen für 240 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Bundeswehr bildet weiter türkisches Militär aus, das in Rojava Kriegsverbrechen begeht.

Die Systemfrage

Es ist sicherlich nicht übertrieben zu sagen, dass ohne die Waffenlieferungen aus Deutschland die Türkei den Krieg gegen Rojava nicht führen könnte. Der Teil Syriens, der während der ganzen Jahre als Oase der Sicherheit galt und wo es die kurdische Freiheitsbewegung geschafft hat, sich einen Freiraum zu erkämpfen, wird unter den Augen der Weltöffentlichkeit von türkisch-dschihadistischen Verbänden angegriffen. Und wieder rollen deutsche Panzer, diesmal werden sie meist von ehemaligen IS-Kämpfern gefahren. Es gibt Fotos, die das Dokumentieren.

Wie 2017 in Efrîn soll ein Bevölkerungsaustausch stattfinden. Erst wird die mehrheitlich kurdische Bevölkerung ermordet, entführt oder vertrieben, danach werden die Städte und Dörfer annektiert. Das Ziel ist die Errichtung einer sunnitisch-islamistischen Diktatur. Erdoğan führt diesen Krieg mit dem Verrat der USA, er führt ihn mit der Duldung Russlands und Assads und er führt ihn mit der Unterstützung der europäischen Staaten, die zwar wissen, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelt und die dennoch nichts tun. Wenn Erdoğan immer wieder versichert, die Kurden seien „eigentlich Brüder“ und es gehe „nur um die PKK“, sind sicher Zweifel geboten. Weshalb sollte dann z.B. die kurdische Sprache verboten werden? Dem türkischen Staat kann man mit seiner kemalistisch-nationalistischen Geschichte getrost Rassismus als Ursache für die Verfolgung aller



Abb.12: Protest vor dem Diehl-Hauptsitz in Nürnberg

Kurdischen unterstellen. Aber welchen Grund hätte die EU, hätte Deutschland dem türkischen Staat in diesem Punkt zu folgen? Ist es nur der Wille, Erdoğan nicht zu brüskieren, die Türkei als strategischen Partner in der NATO zu halten? Geht es nur um wirtschaftliche Interessen, um Rüstungsgeschäfte, um den Flüchtlingsdeal? Im Gegensatz zum anti-kurdischen Rassismus der Türkei haben die westlichen Länder bestimmt kein Problem mit einer

Kurdischen unterstellen. Aber welchen Grund hätte die EU, hätte Deutschland dem türkischen Staat in diesem Punkt zu folgen? Ist es nur der Wille, Erdoğan nicht zu brüskieren, die Türkei als strate-

ethnischen Zugehörigkeit. Und sie sind im Prinzip auch gar nicht gegen einen kurdischen Nationalstaat. Das Klüngeln mit dem Barzani-Regime beweist dies immer wieder. Die Propaganda will gerne suggerieren, es gehe um einen Krieg der Kulturen, in dem Türken gegen Kurden kämpfen. Nein. Darum geht es bestimmt nicht. Es ist vielmehr ein Krieg der Systeme, der sich vor unseren Augen abspielt. Die autoritäre Zuspitzung, die wir global erleben, präsentiert sich in Rojava nackt und ungeschminkt. Die reaktionären Kräfte unserer Zeit, die Putins, Trumps und Erdoğan ziehen an einem Strang, um das Rad der Zeit zurückzudrehen und Syrien ins Mittelalter zurück zu bomben, weil die Freiheitsbewegung die Machtfrage gestellt und bewiesen hat, dass ein Leben ohne Macht, Staat und Gewalt möglich ist.

Die Revolution in Rojava ist gelebte Utopie

Begann der Kampf der kurdischen Arbeiterpartei PKK vor etwas mehr als 40 Jahren noch als nationaler Befreiungskampf mit dem Ziel eines kurdischen Nationalstaats, ließ man das etatistische Konzept nach dem Paradigmenwechsel fallen.

Es geht um die Ziele einer kämpfenden Bewegung, angeführt von der Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Sie ist schon lange auf den westlichen „Terrorlisten“, weil sie eben nicht nur für ein paar Rechte von Kurd*innen eintritt, sondern weil sie die Systemfrage stellt.

Es wurden Lösungen jenseits von Staatlichkeit gesucht. Heute geht es um den Aufbau eines demokratischen und dezentralen Gesellschaftssystems, das sich an den Ideen des Demokratischen Konföderalismus und dessen Begründer Abdullah Öcalan orientiert: Basisdemokratie mit Rätestrukturen, in dem alle Geschlechter und gesellschaftlichen Identitäten gleichberechtigt zusammenleben, in der alle religiösen und ethnischen Gruppen ihren Platz und ein Recht auf demokratische Selbstverwaltung haben. Es geht um einen gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess, der vor allem von Frauen getragen wird. Das Ziel ist auch eine ökologische Wende, die sich vom fossilen Zeitalter verabschiedet und auf Regeneration statt Ausbeutung der Natur basiert. Kurzum, überall dort, wo die Freiheitsbewegung Fuß fassen kann, wird eine Perspektive aufgezeigt für die zentralen Fragen unserer Zeit. Für uns alle. Heute steht die Demokratische Föderation Nordostsyriens beispielhaft für die Vision eines friedlichen und demokratischen Mittleren Ostens. Sie ist für Menschen weit darüber hinaus eine Hoffnung für eine andere Gesellschaftsordnung. Ein Gesellschaftsmodell

mit Selbstverwaltung, kollektivem Zusammenleben, Frauenbefreiung, radikaler Demokratie und ökologischem Wandel stellt eine permanente Bedrohung dar für die Hegemonie der kapitalistischen Moderne. Das ist der Grund, weshalb die PKK und ihr Vorsitzender Abdullah Öcalan isoliert, mundtot gemacht, kriminalisiert und



Abb.13: Rheinmetall-Hauptversammlung 2019 Berlin

bekämpft werden. Der Krieg in Rojava ist damit ein Angriff auf alle, die für eine demokratische und gerechtere Welt kämpfen. Unsere Interessen werden heute nicht am Hindukusch, sie werden in Rojava

verteidigt. Und zwar nicht von der Bundeswehr, sondern von den kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten.

Wir fordern „Weg mit dem Verbot der PKK“, nicht nur, weil wir uns mit dem Kampf gegen Kolonialismus und Unterdrückung in Kurdistan solidarisieren: Die PKK steht für eine organisierte und erfahrene Bewegung für eine Transformation der Gesellschaft hin zu einer Demokratie von unten, zu demokratischen Selbstverwaltungen, zu einem kollektivem Leben ohne Ausgrenzung.

Wir wissen aber auch, dass niemand dieser Forderung einfach so Gehör schenken wird. Wir haben gelernt: Alles muss erstritten werden. Am besten geht das, wenn es uns gelingt, die Kräfte zu verbinden. Unser Kampf um eine Alternative zu Staat, Macht und Gewalt kann nur gemeinsam gewonnen werden. Dieser Kampf ist gleichermaßen antifaschistisch, antikapitalistisch, antimilitaristisch.

Diehl – dieser Name steht für ein ganzes Arsenal an Militärausrüstung: Der Konzern stellt Panzerketten, Munition, Granaten, Minen und Raketen aller Art her. Also das, was richtig kracht und fetzt und das, was Militärs so brauchen, wenn sie einmal was anderes aufführen wollen als Paraden und Zapfenstreiche.

Diehl hat für die Reichswehr und Wehrmacht, für den Kaiser und das Naziregime gearbeitet und nach kurzer Pause für die Wiederaufrüstung der BRD

Von der ursprünglichen Metallgießerei in Nürnberg hat sich Diehl zu einem weltweit tätigen High-Tech-Konzern entwickelt, der in Familienbesitz und damit in deutscher Hand ist. Heute bietet Diehl die rüstungstechnische und industrielle Basis in einem wichtigen Teilbereich der Militärtechnik für eine künftige Militärmacht Europa unter deutscher Führung. In der Weltrangliste der Rüstungskonzerne liegt Diehl nur auf Platz 63, ist mit über drei Milliarden Euro Gesamtumsatz und über 13.000 Beschäftigten, davon 4-5000 im Rüstungsbereich, aber kein „kleiner Fisch“.

Diehl Defence & Co.

Der 1902 als „Kunstgießerei Heinrich Diehl“ gegründete Betrieb ist mittlerweile zu einem weltweit verzweigten Konzern geworden, der in verschiedensten Geschäftsfeldern tätig ist. Nach wie vor befindet sich die Diehl-Gruppe fest in Familienhand. Der steile Unternehmensaufstieg ist untrennbar mit dem Namen des 2008 verstorbenen Firmenpatriarchen Karl Diehl verbunden. Diehls kühner Unternehmergeist wurde in Deutschland belohnt. Er ist Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Er erhielt den Bayerischen und Saarländischen Verdienstorden sowie die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. Karl Diehl ist Ehrenbürger der Gemeinde Nonnweiler, sowie der Städte Röthenbach und Nürnberg.

Ob Kaiserreich, Faschismus oder Bundesrepublik: Entscheidende Impulse für Entwicklung und Wachstum seiner Firma hat Diehl „immer durch Rüstungsaufträge bekommen“. „Das gilt für den Ersten Weltkrieg ebenso wie für den Zweiten und auch für den Kalten Krieg“. Der Beginn des Ersten Weltkriegs markiert den Eintritt des

Unternehmens in die Rüstungsproduktion. Während man sich hier noch in eher bescheidenem Maß als Zulieferer für die Munitionsproduktion betätigte – damals aber schon Betrieb und Belegschaft vergrößern konnte, stiegen Produktion und Wachstum mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten kometenhaft an. 1933 trat Karl Diehl in die NSDAP ein. Zwischen 1939 und 1942 erhöht das Unternehmen stetig Produktion und Umsatz und verdreifacht seine Belegschaft. Fast die Hälfte davon sind Zwangsarbeiter aus Osteuropa und KZ-Häftlinge, darunter 1.000 Jüdinnen aus dem KZ Groß-Rosen.

„Als Eigentümer eines als ‚kriegswichtig‘ eingestuftes Betriebes lag es seinerzeit an mir, mich den vom NS- Regime diktierten Forderungen zu stellen oder – im Zweifel bei Gefahr für Leib und Leben – zu verweigern. Ich habe mich für Ersteres entschieden“, wird Karl Diehl sich, mehr als 50 Jahre nach Kriegsende, dafür

rechtfertigen. Bis dahin weist er alle Forderungen nach Entschädigung der Zwangsarbeiter konsequent zurück. Erst als ihm 1997 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Nürnberg verliehen wird erklärt Diehl sich nach längerem Zögern



Abb. 14: Aktion vor dem Hauptsitz von Diehl 2019

und verschie-

denen Recht- fertigungsversuchen bereit, einen Entschädigungsfonds einzurichten. Ein Privatgutachten, das Diehl in Auftrag gibt, um die Geschichte des Unternehmens aufzuarbeiten, scheint ihm nicht den erhofften Freispruch zu bringen: Es bleibt bis heute unter Verschluss. Von Anfang an bemüht sich Karl Diehl in der Nachkriegszeit darum, sich mit den politischen Parteien gut zu stellen: Nicht nur, aber „vor allem in der langen Ära Strauß, können die bayerischen Christsozialen fest mit dem Nürnberger Unternehmer rechnen“. Seinem Duz-Freund Strauß verdankt Diehl denn auch die erfolgreiche Wiederaufnahme von Rüstungsproduktion. Bei der

Wiederbewaffnung der Bundeswehr kommt er auf verschiedenen Feldern zum Zug. Diehl ist in 5 Teilkonzerne verteilt, darunter zB. Diehl Metal mit Hauptsitz in Röthenbach Pegnitz und D.- Metering in Ansbach, D.- Controls, D.- Aerosystem und D.- Defence jeweils auch immer mit Niederlassungen in Nürnberg. Diehl Aerosystem

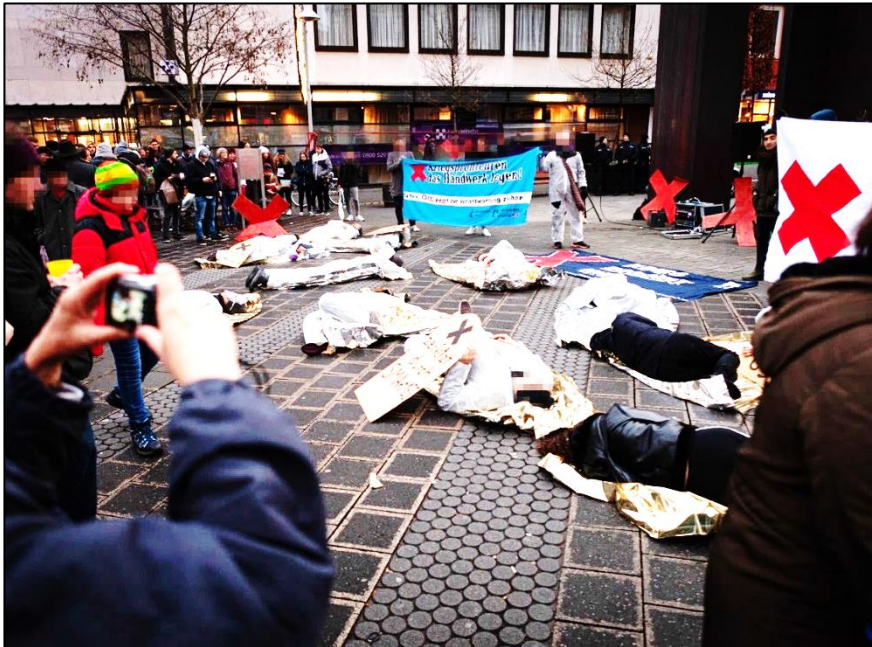


Abb.15: Die-in in der Nürnberg Fußgängerzone

produziert auch für den militärischen Bedarf in ihren Werken in Rostock, Frankfurt, Nürnberg und Überlingen Komponenten für Kampfflugzeuge und Kampf-hubschrauber. Zur Produktpalette der Diehl Defence zählen Artillerieraketen, konventionelle und so

genannte intelligente Munition, Zünder, Panzerketten, Flugkörper bzw. Lenk-raketen, Schutz-, Trainings- und Überwachungssysteme. Daneben bietet das Rüstungsunternehmen verschiedene Serviceleistungen an, wie die Wartung, Modernisierung und Instandsetzung von Fahrzeugen und Bewaffnung. Auch arbeitet Diehl – mit Unterstützung der Bundesregierung – an der Entwicklung von Tasern und Mikrowellenwaffen.

GIWS - Gesellschaft für intelligente Wirksysteme

In dieser Tochtergesellschaft arbeitet Diehl mit Rheinmetall bei der Produktion und Vermarktung von so genannter „intelligenter Munition“ zusammen. Dazu gehört das Artilleriegeschosß „SMart 155“. Streumunition ist mittlerweile international verboten. In einer gewissen Höhe öffnen sich diese Raketen und setzt je nach Typ mehr als 200 kleinere Sprengsätze frei. Diese verteilen sich über ein Gebiet von Tausenden von Quadratkilometern und forderten Unmengen an sogenannten zivilen Opfern.

Deshalb hat sich Diehl eine neue Strategie ausgedacht. Als Nachfolgeprodukt zur herkömmlichen Streumunition produziert Diehl in Kooperation mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall in der Tochtergesellschaft GIWS (Gesellschaft für intelligente Wirksysteme) bereits seit längerem den Munitionstyp SMArt 155. Das Geschoss enthält nur zwei Submunitionen, die angeblich punktgenau ihr Ziel treffen, keine Blindgänger hinterlassen und damit für Zivilisten ungefährlich sein sollen.

Unabhängige

Tests dazu gibt es nicht. Doch die Bundesregierung verlässt sich auf die Behauptungen der Hersteller. Trotz Kritik von humanitären Organisationen wie Handicap International oder dem Bündnis Landmine und den



Abb. 16: Verschönerung eines Kriegerdenkmals 2017 in Radolfzell

Zweifeln unabhängiger Munitionsexperten wurde dieser Munitionstyp auf Druck der Bundesregierung vom Oslo-Abkommen zum Verbot von Streumunition ausgenommen, das 2009 ratifiziert wurde. Die Bundeswehr hat seit dem Jahr 2000 insgesamt 9.000 solcher Geschosse beschafft – Kostenpunkt 510 Mio.€ – und setzt die SMArt 155 derzeit in Afghanistan ein. Bereits seit Ende der Neunziger verfügt Diehl über das Patent für eine SMArt-Variante, die per Splitterwirkung ausschließlich gegen „Zielpersonen“ gerichtet ist.

Resümee

Die deutsche Rüstungsindustrie macht Milliarden Gewinne mit Waffenlieferungen und die Bundesregierung hat ein Interesse an den Waffenexporten. Diese stützen den Wirtschaftsstandort Deutschland und stellen eines der lukrativsten Geschäfte der deutschen Ökonomie dar. Gleichzeitig werden durch diese Kriege und Konflikte deutsche bzw. europäische Interessen durchgesetzt, wie Flüchtlingsabwehr, Sicherung von Rohstoffen und geopolitische Interessen. Sowohl die Militär-Ausgaben der BRD als auch der EU werden in den kommenden Jahren zunehmen. EU, NATO, BRD, treiben die Aufrüstung stetig voran: In Deutschland sind bereits 5 Mrd.€ mehr für Verteidigung eingeplant. Die EU will eine Kriegskasse schaffen, um die



Abb. 17: Antimilitaristische Aktivist*innen in Nürnberg

Militäreinsätze und Aufrüstung verbündeter Länder zu finanzieren. Wir sagen: Soziale Einrichtungen, Schulen, Kitas und kostenloser Nahverkehr statt Milliarden für den Verteidigungshaushalt! Lasst uns gemeinsam und solidarisch gegen die vielen verschiedenen Facetten gesellschaftlicher Militarisierung eintreten! Nehmt die Aktivitäten der Bundeswehr an euren Schulen und Universitäten nicht schweigend hin! Engagiert euch für eine konkrete Umsetzung der Zivilklausel an der Uni, so dass es keine Forschungsaufträge für und mit der Bundeswehr, sowie

Rüstungskonzernen mehr gibt! Tragt eure Wut gegen den Krieg in Rojava auf die Straße, schließt euch Bündnissen für Frieden in Kurdistan an. Beteiligt euch an lokalen Anti-Kriegs-Protesten gegen die Bundeswehr und Rüstungskonzerne. Werdet aktiv mit kreativen Aktionen.

Bundeswehr abschaffen - Rüstungsexporte stoppen - KITAS statt Panzer

War starts here, let's stop it here!

Über uns

Die Interventionistische Linke ist eine bundesweite Organisation mit dem Ziel einer gesellschaftlich wahrnehmbaren radikalen Linken. Neben überregionalen Kampagnen und Aktionen, wie Blockupy, Ende Gelände oder Solidarität mit Rojava sind wir in über 20 Städten lokal aktiv. Wir wollen – gemeinsam mit anderen – die Stärke erstreiten, wieder offensiv und konkret die Frage nach einer Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat zu stellen. Bei welchen Anlässen und Themen, wir die Risse im herrschenden Block aufspüren und vertiefen wollen, lässt sich naturgemäß kaum abschließend vorhersagen. Aber wir halten die Augen offen und die Nase in den Wind.

Wir sind aktiv in den Bereichen Antifa, Antirassismus, Feminismus, Internationalismus und Ökologie. Wachsam sind wir beim Thema Recht-Auf-Stadt, worunter wir Kämpfe gegen steigende Mieten und für Mobilität, ebenso wie Formen kollektiver Aneignung öffentlichen Raums verstehen. Reizvoll finden wir es immer, wenn Menschen für ihre Rechte und Interessen nicht kreuzbrav bitten, sondern selbst ermächtigend die herrschenden Regeln missachten. Das Gerede von der Alternativlosigkeit der kapitalistischen Traurigkeit hat uns noch nie beeindruckt.

Wir trainieren unseren Mut, in Gedanken und Aktion über bestehende Regeln hinauszugehen und haben immer noch und erst recht eine Gesellschaft jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung im Blick. Es gibt sie, die Momente des Widerstands

Oft noch nur aufflammend und allzu oft erstickt. Unsere Praxis beruht auf gegenseitigem Vertrauen und natürlich einigen inhaltlichen Grundsätzen. Dabei aber viel Platz sein für unterschiedliche inhaltliche Akzente und Aktionsformen und verschiedene Intensität des Aktivismus. Wir haben uns in den Prozess begeben, unterschiedliche Lebensentwürfe

mit dem Anspruch Aktivist*innen zu sein zusammenzubringen. Wir treffen hier eine Vereinbarung und sprechen eine Einladung an alle aus, die Lust haben mit uns gemeinsam zu werden. **Es gibt viel zu tun...**

Wenn ihr selbst aktiv werden wollt, Fragen oder Anregungen habt dann meldet euch:

nuernberg.interventionistische-linke.org

nuernberg@interventionistische-linke.org

Außerdem auf Facebook, Twitter, Instagram



Literaturverzeichnis

Aigner 2013: Rüstungsindustrie in Franken. In :Bayern unter Waffen! Wirtschaft ohne Rüstung – geht das? (Hrsg.) Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik, Nr. 24/2013. [https://bayern.rosalux.de/fileadmin/ls_bayern/dokumente/20130612_SR_24_BayernUnterWaffen_GehtWirtschaftOhneRues-tung_Ta-gungsberichte.pdf]

Aigner/Rödl 2012: Diehl – Porträt einer deutschen Waffenfabrik (Hrsg.) Helmut- Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern.
[https://www.aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/Daten_Fakten/unternehmen/Diehl_Portrait_einer_deutschen_Waffenfabrik_.pdf]

Bennewitz 2015: Selbstwahrnehmung von KZ-Wärterinnen. (Hrsg.) Evangelischer Presseverband Bayern, Heft 4/2015.
[<https://www.epv.de/content/selbstwahrnehmung-von-kz-w%C3%A4rterinnen>]

Bennewitz/Fritz/Hotze et al 2020: Von Auschwitz nach Nürnberg. Das KZ-Außenlager der Siemens-Schuckertwerke (Hrsg.): Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände / Geschichte für Alle e.V. / Bunter Tisch Gartenstadt und Siedlungen Süd (Nürnberg 2020).

Demirel/Wagner 2019: DG Defence – Ministerium für europäische Verteidigung und Rüstung.
[<https://www.imi-online.de/2019/12/19/dg-defence/>]

Nassauer 2016: Hemmungslos in alle Welt – Die Munitionsexporte der Rheinmetall AG. [<https://www.bits.de/public/rr16-01.htm>]

Weiterführende Informationen

Arbeitskreis Zivilklausel

[<https://stuve.fau.de/refs-aks-2/friedlich/>]

Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit e.V. – Deutsche Rüstungsexporte. [http://ruestungsexport-info.de/no_cache/de/datenbank.html]

Informationsstelle Militarisierung e.V.

[<https://www.imi-online.de/>]

Interventionistische Linke – Bundesweit

[<https://interventionistische-linke.org/>]

Rheinmetall Entwaffnen – antimilitaristische Kampagne

[<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>]

Rise up for Rojava – internationale Kampagne zur Solidarität mit Rojava

[riseup4rojava.org]